

§ 14 AÜG – HAFTUNG UND GRENZEN PROZESSUALER DURCHSETZUNG

Dr. Nora Wallner-Friedl

VERHÄLTNIS AN – AG (ÜBERLASSER) - BESCHÄFTIGTER

- § 5 Abs I AÜG: **Überlasser** = AG

AG-Pflichten treffen grundsätzlich ihn

(va Zahlung Entgelt, Meldepflichten, Pflicht zur
Beitragsentrichtung)

- § 6 AÜG: **Beschäftigter** gilt für die Dauer der Beschäftigung in seinem Betrieb als Arbeitgeber iSd Arbeitnehmerschutzvorschriften sowie hinsichtlich der Fürsorgepflichten des Arbeitgebers
- Kein Vertragsverhältnis zwischen überlassener Arbeitskraft und Beschäftigter

§ 14 AÜG - BÜRGSCHAFT

(1) Der Beschäftiger haftet für die gesamten der überlassenen Arbeitskraft für die Beschäftigung in seinem Betrieb zustehenden **Entgeltansprüche** und die entsprechenden **Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträge zur Sozialversicherung** sowie für die **Lohnzuschläge nach dem BUAG** als **Bürge** (§ 1355 des ABGB). Die Haftung reduziert sich anteilig um Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, die der Beschäftiger bereits gemäß **§ 67a Abs. 3 Z 2 ASVG** an das **Dienstleistungszentrum** überwiesen hat, insoweit der Beschäftiger die Tätigkeit der überlassenen Arbeitskraft im Rahmen des jeweiligen Auftrages sowie die Höhe der auf die überlassene Arbeitskraft während dieser Tätigkeit entfallenden Beitragsleistung nachweist.

(2) Hat der Beschäftiger seine Verpflichtungen aus der Überlassung bereits dem Überlasser **nachweislich erfüllt**, haftet er nur als **Ausfallsbürge** (§ 1356 des ABGB).

(3) Bei **Insolvenz des Überlassers** entfällt die Haftung des Beschäftigers als Bürge, wenn die überlassene Arbeitskraft Anspruch auf Insolvenz-Entgelt nach dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, BGBl. Nr. 324/I 1977, hat, soweit dadurch die **Befriedigung** der in Abs. 1 erwähnten **Ansprüche tatsächlich gewährleistet** ist.

§ 14 AÜG

- **Bürgschaft ex lege**
- **zwingendes Recht**
- **Anwendungsbereich:**
 - reglementierte Überlassung (§ 97 Z 72 GewO)
 - ≠ nicht gewerbsmäßig ausgeübte Arbeitskräfteüberlassung
 - ≠ vorübergehende Überlassung an Beschäftigter mit gleicher Erwerbstätigkeit
 - ≠ Überlassung durch Erzeuger, Verkäufer oder Vermieter technischer Anlagen/Maschinen
 - ≠ innerhalb einer Arge / betriebliche Zusammenarbeit
 - ≠ zwischen Konzernunternehmen
 - ≠ Entwicklungshilfe

REGELUNGSZIEL DES § 14 AÜG

- Schutz der überlassenen Arbeitskraft
- Schutz des Sozialsystems / der Versichertengemeinschaft
- Anleitung zu sorgfältiger Auswahl des Überlassers
- § 11 Abs 1 IESG: Legalzession hinsichtlich (vertraglicher) Ansprüchen gegen AG / Insolvenzmasse
- aber: kein Rückgriffsanspruch des IEF gegenüber Dritten, zB Beschäftiger

UMFANG DER HAFTUNG DES BESCHÄFTIGTERS ALS BÜRGE ISD § 1355 ABGB

➤ **Entgeltansprüche**

= auch Zulagen, Zuschläge, Sonderzahlungen

≠ Aufwandsentschädigung

➤ **DG- und DN-Beiträge zur SV**

= Unfall-, Kranken- und Pensionsversicherung

= Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (§§ 2, 2a AMPFG)

= Beiträge zum IEF (§ 12 IESG)

= Beiträge zur betrieblichen Mitarbeitervorsorge nach BMSVG

= Beiträge zu einer Pensionskassa (Entgelt oder SV-Beitrag?)

≠ Beitrag nach § 12 BSchEG (strittig)

≠ Verzugszinsen oder Beitragszuschläge wegen Säumnis des Überlassers

≠ AK-Umlage (§ 61 AKG)

≠ Beiträge zum Sozial- und Weiterbildungsfonds gemäß § 22d AÜG

➤ **Lohnzuschläge nach dem BUAG**

ABSTUFUNGEN DER BÜRGCHAFTSVERPFLICHTUNG

➤ § 14 Abs 1 AÜG:

- Beschäftiger hat seine Pflichten aus dem Dienstverschaffungsvertrag gegenüber Überlasser **noch nicht / noch nicht vollständig erfüllt**

→ Bürge iSd § 1355 ABGB

- Beschäftiger kann nach erfolgter (außer-)gerichtlicher Mahnung des Überlassers unmittelbar von AN in Anspruch genommen werden.
- ≠ wirtschaftlicher Nachteil für Beschäftiger (Aufrechnung mit Regressanspruch nach § 1358 ABGB gegen offene Forderung des Überlassers)

ABSTUFUNGEN DER BÜRGCHAFTSVERPFLICHTUNG

➤ § 14 Abs 2 AÜG:

- Beschäftiger hat seine Pflichten gegenüber dem Überlasser **nachweislich** und **vollständig erfüllt** → Ausfallsbürge iSd § 1356 ABGB
- ≠ vollständige Haftungsbefreiung
- = strengere Haftungsvoraussetzungen
- Gläubiger muss Überlasser geklagt und erfolglos Exekution geführt haben oder
- Exekution ist von vornherein aussichtslos oder
- Hauptschuldner ist insolvent oder unbekannten Aufenthalts
- ≠ nötig vorherige Mahnung des Hauptschuldners
- keine Nachlässigkeit des Gläubigers

EXKURS: BESONDERHEITEN FÜR BESCHÄFTIGTER IN DER BAUBRANCHE

- **§ 67a ASVG – Auftraggeberhaftung:**
 - unabhängig von § 14 AÜG – Haftung
 - Haftung nur für SV-Beiträge, nicht für Entgeltansprüche
 - allerdings für gesamte Beitragsschulden des Überlassers
 - Haftungsbeschränkung: 20 % des zu leistenden Werklohns
 - Haftungsentfall nach Abs 3:
 - HFU-Liste oder
 - Direktzahlung an Dienstleistungszentrum bei der ÖGKK (§ 67c ASVG) → dadurch zumindest anteilige Reduktion der Haftung nach § 14 AÜG

EXKURS: BESONDERHEITEN FÜR BESCHÄFTIGTER IN DER BAUBRANCHE

➤ **§ 21a Abs 9 BUAG:**

- Direktzahlung der BUAG-Beiträge bzw Zuschläge an BUAG
- schuldbefreiend gegenüber Überlasser
- Entfall der Haftung nach § 14 AÜG in diesem Umfang

EXKURS: BESONDERHEITEN FÜR BESCHÄFTIGTER IN DER BAUBRANCHE

➤ **§ 9 Abs 9 LSD-BG:**

- grenzüberschreitende Überlassung in Baubranche
- inländischer Beschäftigter haftet für das Mindestentgelt inkl BUAG-Zuschläge
- als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) = ungeteilter Mitschuldner
- ≠ Haftung für SV-Beiträge und Steuern

ABSTUFUNGEN DER BÜRGSCHAFTSVERPFLICHTUNG

- **§ 14 Abs 3 AÜG – Insolvenz des Überlassers:**
 - **Haftungsentfall** des Beschäftigers, soweit Befriedigung der Ansprüche des AN (Entgelt, DN-SVBeiträge, Lohnzuschläge BUAG) nach IESG bzw durch IEF **tatsächlich gewährleistet** ist
 - \neq für DG-Beiträge (für Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung, Arbeitslosenversicherung und Beiträge zum IEF)
 - ggf mangelnde Sicherung durch Betragsbeschränkungen und Ausschlussfristen nach IESG

MINIMIERUNG DES HAFTUNGSRISIKOS FÜR BESCHÄFTIGTER

- ≠ Recht auf Nachweis der Bezahlung des Entgelts an AN und Leistung der SV-Beiträge
- Einreden des Bürgen, insbesondere Einwand der Nachlässigkeit (§ 1356 ABGB) und Rückgriffsanspruch gegen Überlasser
- ≠ Zurückbehaltungsrecht iSd § 471 ABGB oder §§ 369 ff UGB
 - Möglich: vertragliche Vereinbarung
- Unbedenklichkeitsbestätigung von SV-Träger
- Unsicherheiteneinrede (§ 1052 S 2 ABGB)
- Bankgarantie
- gerichtliche Hinterlegung
- Treuhandvereinbarung zwischen GKK und Insolvenzverwalter
- Direktzahlung an GKK
- Aufrechnung (auch in der Insolvenz)

RISIKEN DER ÜBERLASSENEN ARBEITSKRAFT BEI GERICHTLICHER GELTENDMACHUNG

- Klage gegen Beschäftiger nach erfolgter Mahnung des Beschäftigers
 - falls doch „nur“ Ausfallsbürge: ggf Klageseinschränkung auf Kosten,
§ 44 ZPO / § 45 ZPO analog
- Klage gegen Beschäftiger, während Prozess wird Überlasser insolvent
 - „tatsächlich gewährleistet“?
 - Unterbrechung?
 - Ruhen?
 - Klageseinschränkung (auf Kosten); § 44 ZPO / § 45 ZPO analog

DANKE FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT!